

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller auf dem
Neujahrsempfang der Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
am 21. Januar 2026**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Rektorin, liebe Frau Professorin Steinbeck!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihre freundlichen Worte und die Einladung zu diesem Neujahrsempfang!

Ich bin auch in diesem Jahr wieder gerne gekommen, um die Grüße der Landeshauptstadt Düsseldorf zu überbringen.

Ich danke allen an der Heinrich-Heine-Universität für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und die guten Verbindungen zwischen Hochschule und Stadt. Jeder Beitrag stärkt auch die Attraktivität der Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Heinrich-Heine-Universität bleibt das Flaggschiff einer starken Forschungs- und Bildungslandschaft in Düsseldorf und der Region.

Wie jedes Jahr habe ich mir überlegt, welche Gedanken ich im Rahmen eines kurzen Grußwortes mit Ihnen teilen könnte.

Die große Politik hat zum Jahresbeginn 2026 sicher viele Stichworte geliefert: Venezuela, Iran, Grönland, die Erbschaftssteuer oder der Stromausfall in Berlin – einschließlich der Tennisstunden des dortigen Regierenden Bürgermeisters.

Aber mich hat ein Ereignis besonders nachdenklich gemacht, das völlig unspektakulär daher kam und die meisten von uns bestimmt längst abgehakt haben – lassen Sie mich kurz berichten:

Am vorletzten Sonntag, heute vor zehn Tagen, gab es eine Unwetterwarnung des Deutschen Wetterdienstes vor Glatteis am nächsten Morgen.

Die Unwetterwarnung klang zunächst sehr dramatisch nach echtem Winter, nach Glätte und einem Ballett von Streufahrzeugen im Dauereinsatz.

Es folgte die Entscheidung des Schulministeriums, am Montag alle Schulen in NRW zu schließen.

Auch die Düsseldorfer Stadtverwaltung traf ähnliche Entscheidungen. Die Termine in den Bürgerbüros wurden abgesagt. Die Beschäftigten blieben im Home-Office. Es wurde auf die Reinigung der Schulen verzichtet. Der Wildpark wurde geschlossen. Auch die Angebote des Bezirkssozialdienstes für Kinder, Jugendliche und Familien in den Stadtteilen wurden eingestellt.

Und dann: Kein Eis. Kein Schnee. Nicht einmal ein halbherziger Schneematsch. Sondern: Regen und steigende Temperaturen. – Aber geschlossene Schulen und öffentliche Einrichtungen.

Warum erzähle ich Ihnen das heute?

Weil der Vorgang mehr Fragen aufwirft, als die nach der Qualität von Prognosen, und weit über das Wetter hinausweist.

Der Vorgang ist Ausdruck einer schleichenden Verschiebung der Balance zwischen der Fürsorgepflicht des Staates und der Eigenverantwortung des Individuums. Eine Verschiebung, die nicht erst am vorletzten Wochenende eingetreten ist, sondern seit Jahrzehnten zu beobachten ist.

Wir haben uns eine Vollkasko-Mentalität angewöhnt, mit der wir reflexhaft dem Staat die Rolle zuschreiben, seine Bürgerinnen und Bürger vor allen Wechselfällen des Lebens zu beschützen. Und unser Staat – dazu gehört auch unsere Stadtverwaltung – hat diese Rolle bereitwillig angenommen.

Ich spreche hier nicht von den sozialen Sicherungssystemen, die Bürgerinnen und Bürger in existenziellen Notlagen auffangen sollen. Ich spreche von der Einmischung in die persönliche Lebensführung, von einer Entbindung des Menschen von der eigenen Abwägung der Risiken des Alltags:

In den Siebzigerjahren wurde noch heftig darüber diskutiert, ob der Staat sich anmaßen dürfe, das Anlegen des Sicherheitsgurtes im Auto vorzuschreiben!

Heute bestimmt der Staat, ob ich auf dem Zweirad Mütze oder Helm trage. Er mischt sich ein in die Frage, ob ich Mineralwasser trinke oder einen zuckerhaltigen Softdrink. Vor den Gefahren des Rauchens wird nicht nur der – unfreiwillige – Passivraucher geschützt, sondern auch der Raucher selbst.

Und am letzten Wochenende haben wir den Eltern die Entscheidung abgenommen, ob der Schulweg ihrer Kinder sicher ist oder nicht.

Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung abgenommen, ob sie sich auf einen vermeintlich riskanten Weg ins Bürgerbüro machen oder nicht.

Wir haben unseren Angestellten auch die Frage abgenommen, ob sie wohl in der Lage seien, den Weg zur Arbeit zu bewältigen oder nicht.

Zur Ehrenrettung des Staates muss man sagen, dass wir es hier mit einer Wechselwirkung zu tun haben, bei der nicht ganz sicher ist, was Ursache und Wirkung ist. Hat ein übergriffiger Staat den Anfang gemacht oder haben wir Bürgerinnen und Bürger zuerst nach dem Staat gerufen?

Fest steht für mich: Ein ausufernder, betreuender Staat entmündigt seine Bürgerinnen und Bürger und gewöhnt ihnen Eigenverantwortung und Risikobereitschaft regelrecht ab.

Und ich meine, hier müssen wir zu einem Paradigmenwechsel in unserer Gesellschaft kommen: Mehr Eigenverantwortung, mehr eigene Risikoabwägung, mehr Freiheit!

Und genau da kommt die Heinrich-Heine-Universität ins Spiel! Sie kann in dieser Hinsicht Vorbild sein.

Denn gerade die akademische Arbeit funktioniert nicht nach dem Prinzip, dass alles vorgegeben, jedes Risiko ausgeschaltet und jede Entwicklung planbar gemacht wird. Im Gegenteil: Forschende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leben von Offenheit, von Neugier, von eigener Urteilskraft – und von der Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, auch wenn das Ergebnis noch nicht feststeht. Also auch von dem Mut, sich jahrelang einer Forschungsfrage zu widmen, so ungewiss der Ausgang beziehungsweise die Antwort auch sein mag.

Eine solche Haltung brauchen wir auch über den Hochschulbereich hinaus. Einen Staat, der den Rahmen vorgibt, der schützt, ohne zu überbehüten.

Der Regeln setzt, ohne alles bis in die kleinste Lebenslage zu regeln. Der unterstützt – und gleichzeitig ermutigt, selbst zu entscheiden.

Eigenverantwortung entsteht nicht dort, wo alles bis ins Detail festgelegt ist. Sie entsteht dort, wo man Menschen vertraut, ihnen etwas zutraut – und gelegentlich auch zumutet.

Und dafür sind Hochschulen ein Schlüsselort. Gerade hier wird dieser Zusammenhang besonders deutlich. Hochschulen sind Orte der Freiheit. Freiheit, zu forschen. Freiheit, zu lernen. Freiheit, neue Wege zu gehen, Fragen zu stellen, Gewohntes zu prüfen.

Gerade das ist ja der Kern jeder Forschung: Man arbeitet mit Hypothesen, mit Wahrscheinlichkeiten, mit offenen Fragen. Man versucht überhaupt Neues. Man lernt aus Fehlschlägen.

Hier entsteht nicht nur Fachwissen, sondern auch die Fähigkeit, kritisch zu denken, sauber zu argumentieren, differenziert zu urteilen – und nicht nur nach Zuständigkeiten zu fragen, sondern nach dem eigenen Beitrag.

Forschende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – und hoffentlich auch die meisten Studierenden – sind Menschen, die Verantwortung nicht als Last empfinden, sondern als Ausdruck von Mündigkeit.

Diese Freiheit und Mündigkeit brauchen wir als Gesellschaft, als Stadt, als Land. Nur eine Gesellschaft, die diese Freiheit erhält, macht Zukunft möglich.

Innovation, Fortschritt, Orientierung: Alles das setzt Eigenverantwortung und die Fähigkeit zu mündigen Entscheidungen voraus.

Unsere Gesellschaft lebt davon, dass wir nicht nur fordern, sondern auch Verantwortung tragen. Dass wir nicht nur erwarten, sondern mitdenken. Eigenverantwortung dürfen wir uns nicht abtrainieren!

Eigenverantwortung ist übrigens nicht das Gegenteil von Solidarität und Gemeinsinn!
Das wäre Egoismus. Sie ist vielmehr ihre Grundlage. Nur wer Verantwortung
übernimmt, stärkt das Ganze.

Lassen Sie uns im neuen Jahr stärker der Kompetenz der Menschen vertrauen,
lassen Sie uns ihrer Vernunft vertrauen.

In diesem Sinne wünsche ich der Heinrich-Heine-Universität eine starke, lebendige
Hochschulgemeinschaft: Frei im Denken, mutig im Fragen, verantwortungsvoll im
Handeln. Uns allen wünsche ich mehr Mut zur Eigenverantwortung. Aber natürlich
auch: Alles Gute, Gesundheit und Glück für das neue Jahr 2026!